

Werte: 1.00... 2.70... 3.50... 4.50... 5.50... 6.50... 7.50... 8.50... 9.50... 10.50... 11.50... 12.50... 13.50... 14.50... 15.50... 16.50... 17.50... 18.50... 19.50... 20.50... 21.50... 22.50... 23.50... 24.50... 25.50... 26.50... 27.50... 28.50... 29.50... 30.50... 31.50... 32.50... 33.50... 34.50... 35.50... 36.50... 37.50... 38.50... 39.50... 40.50... 41.50... 42.50... 43.50... 44.50... 45.50... 46.50... 47.50... 48.50... 49.50... 50.50... 51.50... 52.50... 53.50... 54.50... 55.50... 56.50... 57.50... 58.50... 59.50... 60.50... 61.50... 62.50... 63.50... 64.50... 65.50... 66.50... 67.50... 68.50... 69.50... 70.50... 71.50... 72.50... 73.50... 74.50... 75.50... 76.50... 77.50... 78.50... 79.50... 80.50... 81.50... 82.50... 83.50... 84.50... 85.50... 86.50... 87.50... 88.50... 89.50... 90.50... 91.50... 92.50... 93.50... 94.50... 95.50... 96.50... 97.50... 98.50... 99.50... 100.50...

Gegründet 1877.



Die 1spaltige Zeile... 20 Pfennig... 30 Pfennig... 40 Pfennig... 50 Pfennig... 60 Pfennig... 70 Pfennig... 80 Pfennig... 90 Pfennig... 1.00... 1.10... 1.20... 1.30... 1.40... 1.50... 1.60... 1.70... 1.80... 1.90... 2.00... 2.10... 2.20... 2.30... 2.40... 2.50... 2.60... 2.70... 2.80... 2.90... 3.00... 3.10... 3.20... 3.30... 3.40... 3.50... 3.60... 3.70... 3.80... 3.90... 4.00... 4.10... 4.20... 4.30... 4.40... 4.50... 4.60... 4.70... 4.80... 4.90... 5.00... 5.10... 5.20... 5.30... 5.40... 5.50... 5.60... 5.70... 5.80... 5.90... 6.00... 6.10... 6.20... 6.30... 6.40... 6.50... 6.60... 6.70... 6.80... 6.90... 7.00... 7.10... 7.20... 7.30... 7.40... 7.50... 7.60... 7.70... 7.80... 7.90... 8.00... 8.10... 8.20... 8.30... 8.40... 8.50... 8.60... 8.70... 8.80... 8.90... 9.00... 9.10... 9.20... 9.30... 9.40... 9.50... 9.60... 9.70... 9.80... 9.90... 10.00...

Fernsprecher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Nr. 138 Druck und Verlag in Altensteig. Donnerstag, den 12. Juni. Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler. 1919.

Eine zerstörte Legende.

Berlin, 10. Juni. WTB. meldet: Der frühere Reichsanzler von Bethmann Hollweg macht in seinen „Betrachtungen zum Weltkrieg“, deren erster Band in den nächsten Tagen im Verlag von Reimar Hobbing erscheinen wird, über den angeleglichen Kronrat vom 5. Juli 1914 auf die Legende den Ursprung des Krieges zurückzuführen will, folgende Mitteilung: Am 5. Juli 1914 übergab Graf Szegényi dem früheren deutschen Kaiser beim Frühstück der kaiserlichen Tafel ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph mit einer Denkschrift. In der Denkschrift wurde ein umfangreiches Balkanproblem entwickelt auf lange Sicht, die den russischen Plänen mit einer kräftigen Aktion entgegenzutreten sollte. Wegen der feindlichen Haltung Serbiens und zum Ersatz des unischer gewordenen Rumänien wollte sich diese Politik auf Bulgarien und die Türkei stützen. Das Ziel war ein Serbien ausschließender Balkanbund unter der Führung der Zentralmächte. Das Ereignis in Sarajewo wurde als Beweis dafür angesehen, daß der Gegensatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien unüberbrückbar geworden sei. Das Handschreiben faßte die Gedankengänge der Denkschrift kurz zusammen und wies darauf hin, daß die Friedenspolitik der Mächte bedroht wäre, wenn die Verheißung in Belgrad ungeführt fortginge.

Der Kaiser hat beide Schriftstücke mit dem Bemerkten in Empfang genommen, daß er erst nach Beratung mit seinem Reichsanzler antworten könne. Am Nachmittag desselben 5. Juli empfing der Kaiser mich (Bethmann) und den Unterstaatssekretär Zimmermann, der den damals beurlaubten Unterstaatssekretär von Jagow vertrat, im Park des Neuen Palais zu Potsdam. Eine andere Person war nicht zugegen. Von dem Inhalt der österreichischen Schriftstücke, deren Abschrift Herr Zimmermann mitgeteilt worden war, hatte ich vorher Kenntnis genommen. Nachdem ich darüber Bericht erstattet hatte, erklärte der Kaiser, er könne sich über den Ernst der Lage, in die die Donaumonarchie durch die groß-serbische Verbedätigkeit veretzt worden sei, keiner Täuschung hingeben. Unser Amt sei es aber nicht, dem Bundesgenossen zu raten, was auf die Serajewer Blutlat zu tun sei; darüber müsse Oesterreich-Ungarn selbst befinden. Unmittelbarer Anregungen und Ratsschläge sollten wir uns umjomehr enthalten, weil wir mit allen Mitteln dagegen arbeiten müssen, daß sich der Osterreichisch-serbische Streit zu einem internationalen Konflikt auswachse. Kaiser Franz Joseph aber müsse wissen, daß wir auch in ernster Stunde Oesterreich-Ungarn nicht verlassen werden. Unter eigenem Lebensinteresse erfordere die unversicherte Haltung Oesterreichs, Bulgarien heranzuziehen erscheine ihm gut; doch dürfe Rumänien dadurch nicht vor den Kopf gestoßen werden. Diese Ansichten des Kaisers bedient sich mit meinen Anschauungen. Nach Berlin zurückgekehrt empfang ich den Grafen Szegényi und gab ihm eine im Sinne des Vorstehenden gehaltene Antwort. Ein Kronrat hat nicht stattgefunden.

Ueber die Haltung Frankreichs vor Kriegsbeginn sagt Bethmann Hollweg: Wenn von Osten her der Krieg ausbrach, so war Deutschland nach Westen in die schwierigste Lage gedrängt. Daß Frankreich den russischen Verbündeten nicht im Stiche lassen werde, mußten wir mit Sicherheit voraussehen. Als das französische Kabinett auf unsere Anfrage die bekannte Antwort gegeben hatte, „daß Frankreich tun werde, was seine Interessen ihm geböten“, blieb uns keine Wahl, als den Kriegszustand mit Frankreich zu erklären. Damit erschienen wir, auch wenn wir uns auf aggressive Handlungen französischer Truppen berufen zu können glaubten, als die Angreifer. Daß wir diese Zwangslage hätten vermeiden können, glaube ich nicht. Die Schnelligkeit der militärischen Entschlüsse, zu denen die russische Mobilmachung uns unabwendlich nötigte, erlaubte uns nicht, abzuwarten gegenüber Frankreich, sie ließen überhaupt keine Zeit zu diplomatischen Handlungen, die unsere politische Lage hätten verbessern können. Wie es im Wesen des Angriffs liegt, so hat auch hier das angreifende Rußland uns unser Verhalten diktiert.

Bethmann Hollweg schreibt ferner: Die Botschafter der Großmächte kannten persönlich den Kaiser nahe genug, daß seine Absichten trotz allem die friedfertigen waren, und es hat einer nur durch die Kriegsvorgänge erklärlichen Unwahrscheinlichkeit bedurft, um der Welt das hagerfüllte Herrbild eines nach Welt Herrschaft, Krieg und Blut lechsenden Tyrannen vor-

zutauschen. Ueber die formliche Behandlung des Kriegsausbruchs hat bei uns nicht volle Uebereinstimmung geherrscht. Der Kriegsminister General v. Falkenhayn hielt die Kriegserklärung an Rußland für einen Fehler, nicht weil er den Krieg nach der russischen Mobilmachung noch für vermeidbar angesehen hätte, sondern weil er schädliche politische Wirkungen fürchtete. Der Chef des Generalstabs, General v. Moltke, war dagegen für die Kriegserklärung, weil unser für den Zweifrontenkrieg berechneter Mobilmachungsplan sofortige Vornahme kriegerischer Handlungen vorschah und weil unsere Aussichten in dem Ringen gegen eine gewaltige, zahlenmäßige Uebermacht allein von äußerster Schnelligkeit unseres Handelns abhing. Seiner Ansicht habe ich mich angeschlossen. Die hernach auch tatsächlich eingetretene Rückwirkung unserer Kriegserklärung auf das Urteil über die Schuld am Kriege mußte ich freilich voraussehen. Unmöglich aber war es, den vollkommen einleuchtenden militärischen Gründen desjenigen Generals, der für die militärischen Operationen verantwortlich war, in einem Augenblick zu widersprechen, wo die Existenz des Landes ausschließlich von den militärischen Handlungen abhing. Die Einmütigkeit des deutschen Volks ist durch die Kriegserklärung an Rußland nicht geschädigt worden.

Unsere Tauchboote im Krieg.

Marinebaurat Schürer macht in der Zeitschrift „Schiffbau“ erstmals nähere Angaben über Anzahl, Bauzeit, Größe, Geschwindigkeit und Ausrüstung unserer Tauchboote. Danach sind bis zum November 1918 auf 11 Werften insgesamt 372 Boote für die Marine hergestellt worden, darunter 344 während des Krieges. Auf diesen Werften befanden sich 437 Tauchboote noch im Bau, so daß insgesamt 780 Boote mit einem Kapitalwert von 4 Milliarden Mark in Auftrag gegeben worden waren. Ihrer Art nach zerfielen die Boote in vier Gruppen. Die Hochseeboote und Kreuzer, 109 Stück, wurden allmählich von 42 Meter Länge und 400 PS. Maschinenleistung auf 97,5 Meter Bootslänge und 6000 PS. Leistungsfähigkeit gebracht, die Geschwindigkeit hob sich von 9,2 Seemeilen auf 18 Seemeilen und die Besatzung von 22 auf 83 Mann. Bewaffnet waren die Kreuzer, die unter Wasser 2785 Tonnen Wasserverdrängung besaßen, mit sechs Torpedorohren und zwei Stück 15 Ctm. Geschützen. Die zweite Gruppe umfaßte 136 Küstenboote, die im Verlauf des Krieges auch im Mittelmeer und an der englischen Westküste Verwendung fanden, 5 Torpedorohre und 1 Geschütz mit 10 Ctm.-Kaliber besaßen. Die Minenkreuzer betragen an Zahl 19. Sie führten außer 42 Seeminen 24 Torpede und 1 Geschütz mit 15 Ctm.-Kaliber mit sich. Als vierte Gruppe sind 95 kleine Minenboote zu nennen, die bis 18 Minen führten, bis zu 3 Torpedorohren und 1 Geschütz besaßen. Die Boote wurden über Wasser durch Diesel-, unter Wasser durch Elektromotore angetrieben. Der Ueberwasserfahrbereich (Aktionsradius) war bei den großen Booten 25 000 Seemeilen. Der größte Treibstoffvorrat erreichte bei 1142 die große Menge von 451 Tonnen. Dieses Boot konnte unter Wasser eine Höchststrecke von 70 Seemeilen (rund 130 Km.) zurücklegen. Fast bei allen Booten wurde die doppelte Hülle beibehalten, die für Tiefen bis zu 75 Meter konstruiert war, einzelnen Booten bei Verfolgungen aber auch das Aufsuchen größerer Tiefen gestattete.

Neues vom Tage.

Einberufung der Nationalversammlung. Berlin, 11. Juni. Die Tagung der Nationalversammlung, die sich voraussichtlich unmittelbar an den sozialdemokratischen Parteitag anschließt, wird jetzt zum Sonntag oder Montag erwartet, sobald eine Antwort des Reichsrats eingegangen ist.

Kohlenmangel. Dresden, 11. Juni. Die sächsische Regierung beschlagnahmte die Kohlenvorräte auf den Werken im Luga-Delsnitzer Steinkohlendistrikt, um den Eisenbahnbetrieb aufrecht zu erhalten.

Verkehrslage im Ruhrrevier. Essen (Ruhr), 10. Juni. Die ersten Tage des Monats Juni brachten sowohl bezüglich der Förderung, als auch des Versandens einen mäßigen Rückgang. Die Förderung betrug am 2. Juni nur 190 000 Tonnen gegen 225 000 Tonnen täglicher Förderung in der letzten Woche im Mai. Erst am 5. Juni wurde wieder eine Tagesförderung von 222 000 Tonnen erreicht. Auch

die Wagengestellung, die in den vorausgegangenen Tagen fast 17 000 Wagen betrug, sank in der Vorwoche auf 15 000 Wagen täglich.

Neuer Ausstand. Duisburg, 10. Juni. Auf dem Rheinischen Stahlwerken nahmen heute die Arbeiter, die wegen der Behinderung des Belagerungszustands in den Ausstand getreten waren, die Arbeit wieder auf, nachdem wesentliche Erleichterungen zugesagt waren. Die Lokomotivführer weigerten sich jedoch, zu arbeiten, wenn nicht eine zweite Streikschicht bezahlt würde. Die Direktion lehnte die Forderung ab, worauf die Lokomotivführer und die Kesselheizer auch die Rohstandsarbeiten einstellten. Die Hochöfen kamen sofort außer Betrieb. Es ereigneten sich drei schwere Explosionen. Die große Gasleitung wurde an mehreren Stellen stark zerstört. Die Betriebssfähigkeit des Werks ist erheblich gestört.

Auf der Heimreise. Haag, 11. Juni. Gestern sind in Rotterdam auf dem Dampfer „Carbord Castle“ 400 Männer, 250 Frauen und 200 Kinder aus Südwestafrika eingetroffen. Die Weiterreise nach Deutschland erfolgte heute.

Die belgischen Richter. Rotterdam, 11. Juni. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß in Brüssel eine Bekanntmachung angeschlagen wurde, in der der frühere Kommandant von Soornik-Tournai, General Doppfer, der frühere Kronprinz von Bayern und der frühere deutsche Kaiser für den 14. Oktober 1919, 9 Uhr morgens vor die 8. Kammer des Berufungsgerichtes in Brüssel geladen werden, um sich für Verbrechen, die in ihrem Namen während der Besetzung begangen wurden, zu verantworten.



Von der Friedenskonferenz. Paris, 11. Juni. Gadas meldet, Clemenceau bestehe darauf, daß Deutschland, wenn überhaupt, erst nach längerer Frist in den Völkerverbund aufgenommen werde. Die französischen Sachverständigen Klotz (Finanzminister) und Loucheur sind gegen eine begrenzte Festsetzung der Entschädigung, während die Amerikaner die 100 Milliarden mit Zinsen annehmen wollen. Nach Gadas hat der französische Standpunkt Aussicht auf Annahme. Nach der Uebergabe der Antwort am 13. Juni werde eine Frist von 8 Tagen gegeben werden. Die anmaßende Haltung der Deutschen Regierung sei bei den Verbündeten nicht ohne Rückwirkung geblieben. Die deutschen Ausführungen über die Schuldfrage werden nicht veröffentlicht.

Bern, 11. Juni. Dem Mailänder „Corriere della Sera“ wird aus Paris berichtet, der Gegensatz zwischen Clemenceau und Lloyd George habe sich verschärft. Während Clemenceau jede Abänderung des Friedensvertrags ablehnte, schloge Lloyd George wesentliche Änderungen vor. Wilson sei darauf bedacht, die ursprüngliche Form des Vertrags festzuhalten. Deutschland soll als Staat zweiten Rangs in den Völkerverbund ohne Vertretung im Ausschuss aufgenommen, aber von der Verwaltung der Kolonien ausgeschlossen werden.

Paris, 11. Juni. Eine Abordnung von Regern aus den Vereinigten Staaten hat der Friedenskonferenz eine Forderung überreicht, daß den Regern in Amerika auf Grund der 14 Punkte die Rechte einer geschäftigten Kinderarbeit zugesprochen werden, wie sie bei

Wiererrat den kleinen Völkern in Osturob (Polen, Tschechen, Jugoslawen, Rumänen, Balten usw.) zugeprochen hat. (Was wohl Wilson dazu sagen wird?)

Die Drohung mit der Beizehung.

London, 11. Juni. Die Wochenchrift „Outlook“ will erfahren haben, im Falle der Ablehnung des Friedensvertrags werde der Plan des Marschalls Foch folgendermaßen ausgeführt: Das englische und belgische Befehlshaber dränge nach Norden vor (Mindon, Danover, Bremen), das amerikanische von Koblenz bis Weimar, das 10. französische Heer von Mainz bis Hanau, das 8. Heer von Mannheim bis Würzburg, dasjenige im Elsaß bis Riedlingen.

Eine Note des Staatskanzlers Renner.

St. Germain, 11. Juni. Der Führer der österreichischen Friedensabordnung Staatskanzler Renner hat Clemenceau eine Note zugestellt, in der er ausführt, der österreichische Friedensvertrag würde Deutsch-Oesterreich wirtschaftlich und politisch vernichten. Mehr als 610 Millionen von Deutsch-Oesterreichern werden einer feindseligen Fremdherrschaft unterworfen. Der neue Staat könnte nur für ein Viertel seiner Bevölkerung die Lebensmittel erzeugen; er müßte außerdem jährlich 12 Millionen Tonnen Kohlen kaufen, ohne die nötige Einfuhr durch entsprechende Ausfuhr decken zu können. Mit dem Verlust der nordböhmischen Badoerie und Südtirols würden die ausländischen Zahlungsmittel zur Bezahlung der Friedensverpflichtungen verloren gehen. Ungeachtet sei ferner die Verteilung der Staats- und Kriegsschulden, die den Deutsch-Oesterreichern gegenüber den anderen neuen Staaten die doppelte Bürde auferlege, dazu komme, daß diesen Staaten das Recht eingeräumt sei, Besitz von Deutsch-Oesterreichern in ihrem Gebiet zu beschlagnahmen. Damit würde der völlige Zusammenbruch Deutsch-Oesterreichs herbeigeführt, der sich aber nicht auf Deutsch-Oesterreich beschränken würde. Der Vertrag müsse grundsätzliche Abänderungen erfahren. Bezüglich der Gebietsfragen werden von Oesterreich schon in den nächsten Tagen Gegenentwürfe gemacht; ferner wird vorgeschlagen, zur Erörterung der wirtschaftlichen Punkte einen beiderseitigen Ausschuss einzusetzen.

St. Germain, 11. Juni. Verschiedene Mitglieder der deutsch-österreichischen Abordnung haben vorläufig ihre Arbeiten beendet und sind gestern abend nach Wien abgereist.

Washington, 11. Juni. (Sabas.) Der Präsident des amerikanischen Kongresses ist gegen den Vorschlag, daß England und die Vereinigten Staaten Frankreich im Falle eines deutschen Angriffs Hilfe leisten sollen. Ein solches Bündnis (neben dem Dreibund) würde nur das Nichtwollen in die Wirksamkeit des Völkerbunds beweisen und wenn diese drei Länder ein besonderes Bündnis schließen, warum sollen dann Deutschland, Rußland und Japan nicht auch ein gleiches tun?

Washington, 11. Juni. Der Senat hat einen Antrag des Senatsvorsitzenden, daß die irische Friedensabordnung Zugang zur Friedenskonferenz haben soll, mit 60 gegen 17 Stimmen angenommen.

Die Forderungen der Buren.

Amsterdam, 11. Juni. (Reuter.) Die südafrikanische Abordnung mit Herzog und Reich verlangte in ihrer Unterredung mit Lloyd George am 5. Juni die Wiederherstellung der Staatsverfassung, wie sie vor dem Burenkrieg bestand. Lloyd George lehnte die Forderung ab.

Breslau, 11. Juni. Die Polen versuchten mehrere Eisenbahnbrücken zu sprengen. Einige Gutshöfe wurden überfallen.

Sofia, 11. Juni. General Gregorius soll mit 15000 Mann von den Bolschewisten abgefallen und im Gebiet von Odesa sich zum Heiman der Ukrainer angeschlossen haben.

Amsterdam, 11. Juni. Unter zurückkehrenden englischen Truppen sind verschiedene Gehorsamsverweigerungen vorgekommen. — Der ägyptischen Abordnung zur Friedenskonferenz ist von der englischen Regierung die Heimreise verboten worden, was in Ägypten große Aufregung hervorruft.

Kritische Lage.

Verailles, 11. Juni. In der Kammer wurden Anfragen über Handfuchungen im Nationalrat der Presse und beim Direktor des „Matin“ erörtert. Die Stimmung der Kammer war so erregt, daß Clemenceau es für nötig hielt, persönlich in die Debatte einzugreifen und die Vertrauensfrage zu stellen. Es wurden 276 Stimmen für und 137 Stimmen gegen die Regierung abgegeben; 120 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

„Allgemeine Verbitterung“.

London, 11. Juni. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Die Lage ist heute beunruhigend. Die Hauptursache der augenblicklichen Verwirrung ist nicht so sehr in den Meinungsverschiedenheiten über den Friedensvertrag, wie in der allgemeinen Verbitterung und Müdigkeit zu suchen. Die Elastizität der Franzosen scheint einer allgemeinen Unzufriedenheit Platz zu machen. Clemenceau hat eine schlechte Presse, ich glaube aber keinen Augenblick, daß selbst diejenigen, die die schärfste Kritik an ihm ausüben, in diesem ersten Moment den Führer wechseln möchten. Ein anderes Mitglied des Wiererrats, dessen Freiheit bisher unbeschränkt war, wird jetzt durch das Auftreten seiner politischen Gegner behindert. In mancher Beziehung ähnelt die Lage, in der sich Wilson befindet, derjenigen Clemenceaus. Seine Freunde sind zwar geneigt zu verwunden, fürchten sich aber zu töten. Wilson ist, wenn er auch nicht imstande ist, seine eigene Politik aufzubringen, doch mächtig genug, die anderen Politik einen Kiegel vorzuschieben. Der Pariser Berichterstatter läßt durchblicken, daß Clemenceau, Wilson und Orlando in ihren Ländern keinen genühenden Rückhalt mehr haben und daß ihr Sturz wahrscheinlich sei.

Zur Abrüstungsfrage.

London, 11. Juni. Der Pariser Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet: Die Drohung der kleinen Nationen, sich vom Völkerbund loszusagen, wenn auch sie abrüsten sollten, sei mit Rücksicht auf die allgemeine Neigung zur Revolte nicht erstaunlich und es sei bemerkenswert, daß die großen Mächte sofort nachgegeben haben. Es sei ein öffentliches Geheimnis, daß die französischen Militaristen und vor allem Marschall Foch, immer entschiedener dagegen sind, daß Deutschland zu einer Verminderung seiner Armee gezwungen werde. Sie fürchten nämlich, daß die Entlohnung Deutschlands die Anhänger der allgemeinen Abrüstungspolitik stärken würde und daß es dann ganz unmöglich sein würde, dem französischen Volk die Bürde einer großen Armee zuzumuten, wenn die Gefahr, die von jenseits des Rheines drohe, endgültig beseitigt werde.

Der Boykott gegen Japan.

Peking, 11. Juni. Ueberall versuchen die chinesischen Studenten, die Volksmenge in den Straßen gegen Japan aufzuklären. Die Polizei in Peking hat 1000 Studenten verhaftet. Die chinesischen Geschäfte und Banken in Schanghai und Tientsin wurden zum Protest dagegen geschlossen. Das Verbrennen von japanischen Waren dauert fort.

Der amerikanische Senat gegen den Völkerbund.

Washington, 11. Juni. (Reuter.) Der republikanische Senator Knox brachte einen Antrag ein, im dem erklärt wird, der Senat könne sich den Bestimmungen des Völkerbundsvertrags nicht anschließen und schlage eine Trennung des Völkerbundsvertrags vom Friedensvertrag vor. Diese Trennung würde jedem Volk gestatten, sich seine Entscheidung über den Völkerbund vorzubehalten. Der Antrag wurde dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten überwiesen. Dem Vernehmen nach wird eine Entschließung amtlich an die Friedenskonferenz gesandt, wonach der Senat sich der Unterzeichnung des Friedensvertrags in seiner gegenwärtigen Fassung widersetzen werde.

Alle Senatoren haben trotz des Einspruchs Wilsons ein Exemplar des Friedensvertrags erhalten, der heute als Kongressbericht veröffentlicht und den Zeitungen zur Stelle wird.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 10. Juni.

Präsident Reil eröffnet die Sitzung um 4 1/4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die wiederholte namentliche Abstimmung über folgenden Antrag: Die Landesversammlung wolle beschließen, bei der Nationalversammlung und beim Staatenausschuss auf eine Klarstellung der Ursachen des Kriegs sowie darauf hinzuwirken, daß, falls ein strafrechtliches Verbrechen gegenüber einzelnen Personen nachgewiesen wird, diese, soweit sie verfolgbar sind, zur Rechenschaft gezogen werden. — Der Antrag wird mit 105 gegen 22 Stimmen (Bürgerpartei) bei drei Enthaltungen (Freisinn von Soden 3, Baur 3, und Lamparter D.D.P.) angenommen.

Man geht dann über zur zweiten Beratung des Erziehungswurfs über eine Landwirtschaftskammer. Die Abg. Locher und Genossen (3.) bringen ihren im Ausschuss abgeleiteten Entwurf vor, wonach der Landeswirtschaftskammer mit dem Sitz in Stuttgart und Ulm wieder ein

Abg. Locher (3.): Wir sind der Ansicht, daß das Rechenkammerwesen die Landwirtschaft von der Regierung unabhängiger macht.

Abg. Ströbel (D.P.): Ein Ausgleich der landwirtschaftlichen Interessen wird durch eine Zweiteilung nicht erreicht. Wir wollen die eine Kammer leistungsfähig und selbständig machen. Zwei Kammern würden unnötige Kosten verursachen.

Abg. Herrmann (D.D.P.): Auch meine Fraktion gibt aus Zweckmäßigkeitsgründen einer Kammer den Vorzug.

Abg. Hill (S.): Wir müssen an der Regierungsvorlage des Einammerwesens festhalten.

Ernährungsminister Baumann: Die Landwirtschaftspflege kann nicht gleichzeitig von mehreren Körperschaften nützlich ausgeübt werden.

Abg. Feilmayr (3.): Die Frühfruchtprämien seien ausschließlich auf die Verhältnisse des Unterlands zugeschnitten gewesen.

Der Zentrumsantrag wird gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt.

Nach dem Ausschusshausantrag setzt sich die Kammer aus 48 von den Landwirten und 12 von den landwirtschaftlichen Arbeitern ferner aus 9 von der Landwirtschaftskammer gewählten Mitgliedern zusammen, außerdem kann die Kammer 11 weitere Mitglieder hinzunehmen. Ein Antrag Ströbel Genossen (D.P.) will die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also mit den Zahlen 60, 10, 8 und 10.

Abg. Ströbel (D.P.): Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine haben einstimmig den Wunsch geäußert, es möchten 14 Bezirksvertreter in die Kammer gewählt werden. Wir können uns mit dem Ausschusshausantrag nicht befriedigen, der keine gerechte Ausgleichung vorsieht.

Abg. Henker (3.): Eine zu große Kammer wäre zu schwerfällig und kostspielig. Die landw. Bezirksvereine würden dann einseitig bevorzugt.

Abg. Kurz (S.) und Abg. Löchner (D.D.P.) treten für den Ausschusshausantrag ein, für den Ostbau sollen mindestens zwei Vertreter gewählt werden.

Minister Baumann: Die vermehrte Zahl der Mitglieder bedeutet für die Landwirte ein Entgegenkommen, dem die Regierung nicht entgegengetreten wird. Aber auch mit 80 läßt sich auskommen.

Hierauf wird der Ausschusshausantrag gegen die Stimmen der Bürgerpartei angenommen, der Antrag Ströbel (D.P.) damit abgelehnt. Ebenso findet der Ausschusshausantrag über die Wahlen in den vier Wahlbezirken einstimmige Annahme.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Trusfeld.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das übertrifft alle meine Befürchtungen!“ rief Graf Harold zornig, „Sie richtet sich also nicht nach meinem Verbot, sondern verkehrt nach wie vor mit dem Ingenieur! Die Zusammenkünfte werden wohl bei Lessens stattfinden. Das hätte ich Anneliese nicht zugehört!“

„Ist das der Mensch, dem Anneliese ihre Liebe geschenkt hat, Onkel?“

„Allerdings. Er ist der Bruder der Baronin Lessen, der hier als Eisenbahningenieur tätig ist. Welch der Himmel, wie die jungen Leute zusammengekommen sind, aber auf jeden Fall erklärte mir Anneliese allen Ernstes, sie werde den Menschen heiraten.“

Egon konnte ein höhnisches Lachen nicht unterdrücken. „Also dort habe ich meinen Rivalen zu suchen! Der Herr Ingenieur hat es wohl auf deine Millionen abgesehen, lieber Onkel, du wirst gut tun, dafür zu sorgen, daß er gründlich enttäuscht wird!“

„Nein, nein, Egon, du beurteilst den Mann falsch. Er ist kein Streber, kein Abenteuerer.“

„Wie, Onkel, verstehe ich recht?“ fragte Egon atemlos, „du nimmst ihn in Schutz, willst wohl gar Anneliese gestalten, ihn zu heiraten?“

„Über Egon, du weißt doch, wieviel mir daran liegt, daß Anneliese deine Frau wird. Ich würde sie eher verstoßen, als daß ich die Einwilligung zu der Mesalliance gebe. Darum kann ich aber doch der Persönlichkeit jenes Mannes Berechtigung widerfahren lassen. Wenn er ein Standesgenosse wäre, so würde ich mich glücklich schätzen, Anneliese für immer unter seinem Schutze zu wissen.“

Egon biß sich auf die Lippen. Er mußte ja, daß seine Cousine der Liebbling des alten Herrn war.

Beide Schritten langsam weiter; sie waren zu sehr in sich vertieft, um viel umzuschauen. Sie bemerkten daher nicht, daß ein verwahrloster Mensch hinter ihnen hergeschlich. Es war derselbe Bogabund, der einige Tage vorher die Komtesse erschreckt hatte.

Der Wagen war weitergefahren und nicht mehr zu sehen. Der Kutscher sollte in einer Viertelstunde wenden und den Herren wieder entgegenkommen.

„Wenn es sich um einen so vorzüglichen Menschen handelt, wird Anneliese ihn um so schwerer vermissen, lieber Onkel,“ fuhr Egon nach einer Weile fort, „und um so notwendiger erscheint es mir, sie abzulernen.“

„Gewiß. Dein Vorschlag, nach Nizza zu gehen, soll darum auch befolgt werden. Auf der Reise wird Anneliese die Geschichte vergessen.“

„Kann, in Gesellschaft ihrer alten Visette, mit der sie wahrscheinlich in jedem günstigen Augenblick von der romantischen Liebesaffäre plaudert?“

Egon unterbrach sich, denn er hatte im Gebüsch einen Laut wie das Knacken eines Hahnes gehört.

„Sollte da ein Wildbich sein Wesen treiben?“ sagte er leise. „Seh dich einen Augenblick auf diesen Baumstumpf, Onkel, ich muß nachsehen, was das war.“

Mit diesen Worten betrat er das ziemlich dichte Unterholz zur Seite des Weges und drang leise und vorsichtig in der Richtung vor, von der er das Geräusch gehört zu haben glaubte. Aber er konnte nichts Verdächtiges entdecken, wollte auch den alten Herrn nicht allzu lange allein lassen, und so trat er den Rückweg an. Er war noch nicht ganz wieder am Fahrweg angelangt, als er von dort, wo er sich von dem Onkel getrennt hatte, erregte Stimmen hörte.

Was konnte das sein? Rasch eilte er vorwärts. Kurz vor dem Waldbrand konnte er die Stelle sehen, wo der alte Herr saß, aber dieser war nicht mehr allein, sondern vor ihm stand ein Mensch mit drohend erhobenen Revolver. Im selben Augenblick hörte Egon ihn sagen: „Heraus mit dem Geld, Herr Graf, oder es geht aus Leben!“

Egon wußte, daß sein Oheim überhaupt kein Geld bei sich hatte, und blickartig fuhr ihm ein teuflischer Gedanke durch den Kopf. Wenn der dort seine Drohung ausführte, wenn er den Onkel idelte, dann waren für ihn und Blanka mit einem Schlag alle Schwierigkeiten beseitigt.

Graf Nordburg war völlig wehrlos. Nicht einmal den Arm konnte er erheben, so war ihm, dem taum Gesehnen, der unerwartete Angriff in die Glieder gefahren.

Egon erkannte die Situation in ihrem ganzen Ernst. Wenn er den Mord geschahen ließ, dann war der Konflikt beendet, er trat sein Erbe an und niemand konnte mehr Einspruch gegen seine Heirat erheben.

Er war dann in der Lage, mit Blanka auf Reisen zu gehen und ihr jeden Wunsch aus dem blühenden, lachenden Augen zu lesen und zu erfüllen.

Sekundenlang stand er zögernd, dann legte die Welsa zu dem alten Mann, der ihm immer ein Vater gewesen. Mit wenigen raschen Sätzen stand er neben dem Bogabunden, eine kraftvolle Bewegung schlug demselben die Waffe aus der Hand, die sich jetzt wild drohend Egon entgegenstreckte.

Aber da plötzlich blickten dem Räuber die Edelsteine an dem Stodgriff des Grafen entgegen. Er riß dem alten Herrn das wertvolle Stück aus der Hand und entfloß mit eilenden Schritten, ohne daß Egon, der den Oheim unmöglich verlassen durfte, ihn hätte verfolgen können.

„Du hast mir das Leben gerettet, Egon, das will ich dir nicht vergessen,“ sagte der alte Herr, mit einer Ohnmachtsanwandlung kämpfend.

„Was ich tat, war doch selbstverständlich, Onkel; aber du darfst auf keinen Fall allein ausgehen. Der Bursche wird es bei diesem Angriff nicht bewenden lassen.“

„Es ist das erstemal, daß derartiges hier vorkommt,“ sagte der Schlossherr, die Rückkehr des Wagens mit großer Erleichterung begrüßend, „das fremde Gesindel wird durch den Bau der Eisenbahn hierhergejagt. Man wollte sie über meinen Grund und Boden legen. Millionen hat man mir für die Wiesen geboten, aber ich denke nicht daran, sie zu verkaufen.“

Egon war sehr still geworden, nachdem er dem alten Herrn vorsichtig in den Wagen geholfen. „Millionen!“ Er hätte sie brauchen können, er und seine lebenslustige junge Frau!

Die Rückfahrt ging schweigend vorstatten, und dann begab der alte Herr sich sogleich in seine Gemächer.

„Die Kugel ist im Rollen,“ dachte Egon, „nur Geduld, kleine Frau, bald wirst du aus deiner Verbannung befreit werden.“

Und er schloß sich ein, um seiner Frau einen so glühenden Liebesbrief zu schreiben, wie man es diesem kühnen Egoisten eigentlich nicht zugehört hätte. —

Graf Harolds Gedanken beschäftigten sich in der Stille seines Zimmers fast nur mit Anneliese, und als sie endlich selbst erschien, um gewohnenmaßen eine Stunde mit ihrem Oheim zu verplaudern, da war er auf dem Punkt angelangt, an einen Irrtum seines Reffen zu glauben. Es schien ihm unmöglich, daß seine Nichte ihn in einer so unwürdigen Weise hintergehen sollte.

Fortsetzung folgt.

Abg. Feilmayr (Z.) beantragt die Gewährung des Wahlrechts an die Ausdiener, wenn sie mindestens 15 Jahre in der Landwirtschaft tätig gewesen sind.
Abg. Ströbel (S.P.) unterstützt diesen Antrag, während Minister Baumann ihm entgegentritt.
Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Sommer (Z.), Ströbel (S.P.), Hill (S.) und Herrmann (D.D.P.) wird der Antrag vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt; dafür stimmen die Bürgerpartei, Zentrum und Unabhängige Sozialdemokratie.
Nach einem Antrag Ströbel soll das 25. Lebensjahr als Wahlbarkeitsalter gelten. Der Ausschussantrag sieht das 20. Jahr vor.
Minister Baumann spricht sich für letzteren Antrag aus. Die Sitzung wird abgebrochen.

Stuttgart, 11. Juni.

Nachdem der Gesetzentwurf über einen 5. Nachtragsetz dem Finanzausschuss überwiesen war, erledigte der Landtag in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Neuwahlen der Kirchgemeinden- und Kirchensitzungsräte, über dessen Notwendigkeit und rasche Durchführung sich alle Parteien einig waren. Hieraus wird mit der 2. Beratung über die Landwirtschaftskammer fortgefahren.
Abg. Herrmann (D.D.P.): Wir können nicht für eine Erhöhung des Wahlbarkeitsalters stimmen.
Abg. Feilmayr (Z.): Unsere praktischen Landwirte wünschen selbst keine derartige Heraushebung.
Abg. Hill (S.): Es wird ein seltener Fall sein, daß ein Landwirt unter 25 Jahren in die Landwirtschaftskammer gewählt wird.
Abg. Veit (S.P.) und Abg. Raug (Z.) treten für das 25. Lebensjahr ein.
Abg. Pfleger (S.): Es handelt sich darum, daß dem Volk ein Recht um das andere, das das Volk in der Revolution erworben hat, wieder genommen werden soll.
Abg. Andre (Z.) legt namens seiner Partei gegen die Unterstellungen des Abg. Pfleger energisch Verwahrung ein.
Der Antrag Ströbel, das passive Wahlrecht auf das 25. Lebensjahr heraufzusetzen, wird dann gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Zentrums abgelehnt.
Minister Baumann: In Württemberg sind 280 000 Leute in der Landwirtschaft beschäftigt, davon 70 000 als Anechte, Dienstboten und Mägde.
Abg. Ströbel beantragt, in dem Satz (Art. 8): „freier Unterhalt gilt nicht als Lohn“, das Wort „nicht“ zu streichen.
Abg. Kurz (S.): Das würde zur Folge haben, daß die Arbeiter im großen Ganzen von der Vertretung der Landwirtschaftskammer ausgeschlossen würden.
Die Abg. Andre (Z.) und Herrmann (D.D.P.) wenden sich ebenfalls gegen den Antrag Ströbel, der abgelehnt wird. In rascher Folge werden die übrigen Artikel des Entwurfs genehmigt.
Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Amtliches.

Verfügung des Arbeitsministeriums und des Ministeriums des Innern über Dringlichkeitsbescheinigungen für Bauausführungen vom 3. Juni 1919.

I. Durch Erlass des Arbeitsministeriums vom 7. 12. 1918 (Staatsanzeiger Nr. 292) waren zur Erleichterung des Bezugs von Baustoffen die Oberämter und die Baupolizeibehörden von Gemeinden über 1000 Einwohnern ermächtigt, an Stelle des Arbeitsministeriums Dringlichkeitsbescheinigungen für den Kleinbezug von Ziegelwaren, künstlichen Mauersteinen und Zement auszustellen.
Mit Rücksicht auf die infolge Kohlenmangels inzwischen eingetretene äußerst bedrohliche Lage auf dem Baustoffmarkt werden die Bestimmungen der Ziffern 3-5 dieses Erlasses mit sofortiger Wirkung folgendermaßen eingeschränkt:

1. Die Ziegelleisten dürfen Ziegelwaren im Kleinverkauf auf Grund oberamtlicher oder baupolizeilicher Bescheinigungen fernhin nur bis zur Gesamtmenge von 20% ihrer monatlichen Erzeugung abgeben.

Die Gültigkeit der Dringlichkeitsbescheinigungen ist auf den Ausstellungsmonat oder den folgenden Kalendermonat zu beschränken. Die Ausstellung ist in allen nicht ganz besonders dringenden Fällen und insbesondere für jede wiederholte Lieferung innerhalb Monatsfrist an dieselbe Baustelle abzuschließen. Die von den Verkeren auf Grund dieser Bestimmungen zurückgewiesenen Dringlichkeitsbescheinigungen dürfen, worauf in den Bescheinigungen selbst hinzuweisen ist, nicht an die Bautenprüfstelle gelangt werden, sondern sind von der Baupolizeibehörde auf Antrag auf den nächsten Kalendermonat zurückzuführen.

Für die Abgabe von Schlackensteinen und anderen künstlichen Mauersteinen gelten die gleichen Beschränkungen wie für die Abgabe von Ziegelwaren.

2. Die Zementwerke sind mit Rücksicht auf den außerordentlichen Zementmangel angewiesen worden, Zement ohne Dringlichkeitsbescheinigung bis auf weiteres überhaupt nicht gegen oberamtliche oder baupolizeiliche Bescheinigungen nur noch in Mengen bis zu 10 Zentner an ein und dieselbe Baustelle innerhalb Monatsfrist abzugeben; daselbe gilt für Händlerlager. Die Zementwerke dürfen auf Grund oberamtlicher oder baupolizeilicher Bescheinigungen höchstens 5% der täglichen Erzeugung abgeben.

Für den weiteren Kleinverbrauch werden die Handwerkskammern allmonatlich den dringlichsten Bedarf in Listen gesammelt der Bautenprüfstelle zur Anweisung einreichen. Die Zuweisungen erfolgen stets nur für einen Liefermonat, entsprechend der Leistungsfähigkeit der Werke. Abgelehnte Anträge müssen deshalb im darauffolgenden Monat erneut eingereicht werden.

II. Für den Bezug von Kalk und Gips wird in Durchführung und teilweiser vorübergehender Abänderung der Verfügung des Arbeitsministeriums betr. die Bewirtschaftung von Kalk und Gips vom 5. 5. 19 (Staatsanz. 99) bestimmt:

1. Für die Abgabe von Kalk zu weinbautechnischen Zwecken ist eine Dringlichkeitsbescheinigung der Kaufstelle des Verbandes landw. Genossenschaften Stuttgart erforderlich.

2. Kalk und Gips in Mengen bis zu 3 Zentner dürfen ohne Bescheinigung einmal im Monat für ein und dieselbe Baustelle abgegeben werden. Lieferungen von 3 Zentner bis zu 5 Tonnen sind nur auf Grund von Dringlichkeitsbescheinigungen der zuständigen Baupolizeibehörden, bei Gemeinden unter 1000 Einwohnern der zuständigen Oberämter

zulässig. Bei Anträgen außerwürttembergischer Verbraucher ist für jede Menge eine entsprechende Bescheinigung des zuständigen Ministeriums erforderlich.

3. Der Bezug von Kalk und Gips für Händlerlager ist für jede Menge nur auf Grund eines Freigabebescheins des Arbeitsministeriums, Bautenprüfstelle, gestattet. Die Händlerlager reichen Anträge auf Freigabe bis zum 10. eines jeden Monats an die Bautenprüfstelle mit prüfungsfähigen Unterlagen und den erforderlichen Bescheinigungen ein.

4. Die Handwerkskammern werden in Verbindung mit dem Landesverband der Opfer- und Stukkaturmeister Württembergs für Reparaturen und Kleinverbrauch monatlich Sammelmeldungen bei der Bautenprüfstelle einreichen.

Landesnachrichten.

Altensteig, 12. Juni 1919.

* **Entbunden** wurde seinem Ansuchen gemäß der Hauptlehrer Kapp an der Volksschule in Haite rbach von dem Antritt der ihm übertragenen Hauptlehrstelle an Klasse I III der Schichtbürgerschule in Stuttgart.

- **Rechtardsbericht.** In der neuesten Nummer des „Weinbau“ wird berichtet: Winterlich raube Tage reichten sich den ganzen April hindurch aneinander bis zum 3. Mai. - Dann war es auf einmal Frühling und seitdem behielt helles, regenloses Wetter die Oberhand. Die Nächte blieben ziemlich kühl; am 10. Mai gab es sogar einen leichten Spätfröhen, der in niederen Lagen ba und dort einige garte Schiffe vernichtete. Von einem „Leudten“ der Weinberge konnte man in diesem Jahr erst etwa vom 17. Mai an sprechen. Im Jahre 1917, dem guten Weinjahr, war die Entwicklung des Rebstocks trotz späten Austritts um diese Zeit schon viel weiter voran. Man kann mit dem Ausbruch im großen Ganzen recht zufrieden sein; soweit er da und dort etwas lückenhaft erfolgte, trugen hieran teils das Besiegen, teils auch die Februarfröste Schuld. Auch der Fruchtanfang ist bei allen Sorten vorläufig vielversprechend. Das langsame und späte Erwachen der Vegetation trug dazu bei, daß die verschiedenen Weinbergsarbeiten rechtzeitig vollendet werden konnten. Eine wichtige Beihilfe bestand in dem Auslegen der rasigen Treter mit Blind- und Wurzelstreben. Von Schädlingen trat in diesem Jahr in ganz auffälliger Verbreitung und Heftigkeit die Rebentartmilbe auf. Auch die Wotten des Heurums machten sich schon seit Mitte Mai bemerkbar.

- **Das deutsche Arbeitsgesetzbuch.** Die Schaffung eines einheitlichen demokratischen Arbeitsrechts ist nunmehr von der Reichsregierung tatkräftig in die Hand genommen. Im Mai haben unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Bauer bereits Sitzungen stattgefunden. Die Gliederung der einzelnen Arbeitsgebiete, die an Mitglieder des Ausschusses und an Unterausschüsse verteilt sind, ist folgendermaßen gebildet: 1) Allgemeines Arbeitsvertragsrecht; 2) Angestelltenvertragsrecht; 3) öffentlich-rechtliche Vorschriften des Arbeitsschutzes (einschließlich Kinderbeschäftigung und Heimarbeit); die Regelung dringlichster Rechtsfragen der Heimarbeit ist schon vor Fertigstellung des Arbeitsgesetzes in Aussicht genommen; 4) organisatorische Fragen (einschl. Arbeitsgerichte, die ebenfalls eine beschleunigte gesetzgeberische Behandlung erfahren sollen); 5) Arbeitsvermittlung (hier gut daselbe); 6) Tarifvertragsrecht; 7) Koalitionen und Koalitionsrecht; 8) Lohnkämpfe (einschl. Arbeitseinstellung, Boykott usw.); 9) Einigungsstellen; 10) Vergewaltigung; 11) Landarbeiter und landwirtschaftl. Gesinde; 12) Recht der Hausangestellten; 13) Recht der Bühnengehörigen; 14) Beziehungen zum Beamtenrecht und Recht der Staatsarbeiter und Staatsangestellten; 15) See-, Binnenschifffahrt, Fischerei und Fischerei; 16) Arbeitsordnung; 17) Lohnbeschlagnahme. In der Sitzung vom 19. Mai, in der der Arbeitsplan mit Vertretern von Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besprochen wurde, ist den Verbänden empfohlen worden, ihre besonderen Wünsche und Vorschläge schriftlich, gegebenenfalls in formulierten Entwürfen beim Reichsarbeitsministerium einzureichen, damit von vornherein die wünschenswerteste Fühlung mit der Praxis und den Interessentengruppen gewährleistet wird. Das künftige Arbeitsgesetzbuch soll nicht nur das Arbeitsvertragsrecht unter Beachtung der Sonderarten der einzelnen Arbeitnehmergruppen möglichst einheitlich gestalten, sondern auch das Koalitionsrecht, das Recht der Berufsvereine und das Tarifvertragsrecht regeln. Auch ein einheitlicher Aufbau der Arbeitsgerichte ist im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungswerk geplant. Das in Vorbereitung befindliche Sondergesetz über das Arbeitsvertragsrecht (Arbeitsvertrag und Mitbestimmungsrecht) wird zwar der Beschleunigung halber besonders bearbeitet und vorgelegt werden, seine Eingliederung in das Gesetzbuch ist aber für späterhin in Aussicht genommen. Die Anbahnung einer Internationalisierung des Arbeitsrechts soll im Auge behalten werden.

- **Vom Zucker.** Nach amtlicher Berechnung sind in der Zeit vom 1. September 1918 bis 30. April 1919 13 443 865 Ds. Zucker gegen 15 290 135 im Vorjahr hergestellt worden. Verarbeitet wurden in dem gleichen Zeitraum 87 309 961 Ds. gegen 92 290 388 Ds. Neben im Vorjahr.

- **Haftung des Gasthausbesizers.** Ein Geschäftsmann legte in einem Gasthaus, wo er mit seiner Familie mehrere Zimmer bewohnte, in der Kleiderablage vor dem Speisesaal seinen kurz zuvor um 2100 Mk. gekauften Pelzmantel ab. Als er nach dem Essen den Mantel abholen wollte, war er verschwunden. Der Gasthausbesitzer lehnte Schadensersatz mit der Begründung ab, daß der Besohlene nicht Gast im eigentlichen Sinne sei, da er ständig im Hause wohne und weniger als den üblichen Preis für die Zimmer bezahle. Speisesaal und Kleiderablage werden auch von anderen als den im Gasthof wohnenden Personen benutzt. Der Mantel sei eine Kostbarkeit im Sinne des Gesetzes, dessen § 702 lautet: „Für Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten haftet der Gastwirt nur bis zum Betrag von 1000 Mk., es sei

beim, daß er diese Gegenstände in Kenntnis ihrer Eigenschaft als Wertgegenstände zur Aufbewahrung übernimmt oder die Aufbewahrung ablehnt, oder daß der Schaden von ihm oder von seinen Leuten verschuldet ist. Das Oberlandesgericht Nürnberg hat aber den Gasthausbesitzer zum Schadensersatz verurteilt. Der Kläger sei zweifellos Hotelgast gewesen, gleichgültig welchen Preis er bezahle, und habe den Mantel in einem zur Aufbewahrung von Kleidungsstücken der Gäste bestimmten Raum abgelegt. Mit Rücksicht auf den herrschenden geringen Geldwert könne ein Betrag von 2100 Mk. nicht Kostbarkeit im Sinne des § 702 angesehen werden.

- **Feuerungszulage.** Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, wonach die Feuerungsbeamten an Körperschaftsbeamte im Ruhestand nicht bloß im Falle der Bedürftigkeit, sondern ganz allgemein zugesprochen werden.

Nagold, 11. Juni. Die Delfabrik von Aug. Reichert und Co. hier ist in den Besitz einer neuen Gesellschaft unter der Firma Aug. Reichert u. Co. Nachf. übergegangen. Die Delmühle wird fortgeführt und der Betrieb einer Kunstwollfabrik aufgenommen. Gesellschafter sind: Erwin Sannwald in Calw, Joseph Bewele in Weisberstadt, Heinrich Berg in Mergelstetten, Hermann Georgi in Calw und Richard Sannwald in Bregenz.

Horb, 11. Juni. (Ueberfall.) Wie das Schwarzwälder Volksblatt erfährt, ist zwischen Töberwasen und Dommelsberg ein hiesiges Dienstmädchen von einem jungen Menschen überfallen worden. Infolge der energischen Gegenwehr des Mädchens mußte der freche Bursche von ihr ablassen. Es gelang, den Täter festzunehmen und in sichere Gewahrsam zu bringen. Es ist dies der zweite derartige Ueberfall, der in kurzer Zeit ausgeführt wurde.

Von der Eng, 11. Juni. (Die Typhusseuche im Schwinden.) Die Typhusseuche in Borsheim scheint in der Hauptsache jetzt erloschen zu sein. Am 6. Juni kamen 8, am 7. Juni 5, am 8. Juni 2 u. am 9. Juni 2 Neuerkrankungen vor, so daß bis jetzt die Gesamtzahl sich auf 3507 beläuft, die Gesamtzahl der Todesfälle beträgt 313.

(*) **Stuttgart, 11. Juni** (Leichenfindung.) Am Montag wurde der Leichnam des seit einigen Tagen vermißten Gottlob Frech von Heddingen aus dem Neckar gefischt. Es liegt Selbstmord vor.

(*) **Stuttgart, 11. Juni** (Selbstmord.) Vorgestern hat sich in den Frühstunden in der Humboldtstraße ein jüngerer Mann erschossen.

(*) **Pauterbach O.A. Oberndorf, 11. Juni** (Gegen die Hamsterer.) Die Einwohner hiesigen Orts zogen am Samstag in geschlossenem Reigen vor das Kurhaus und die Pension „Lannenhof“ und verlangten die Abreise der Kurgäste binnen 24 Stunden. Anlaß gab die Hamsterei der Gäste, die Lebensmittel zu den höchsten Preisen kaufen und in ihre Heimat senden.

(*) **Laupheim, 11. Juni** (Wilderer und Förster.) Gegen 4 Uhr früh wurde im Basteiswald von drei Wilddieben eine Neze gis geschossen. Die Wilddiebe wurden vom Forstpersonal verfolgt. Ein Wilderer schoß auf einen Jagdgehilfen, ohne zu treffen. Dem Stationskommandanten nebst den beiden Landjägern gelang es, die drei Täter ausfindig zu machen. Zwei Infanteriegewehre nebst Patronen wurden beschlagnahmt.

Gerichtssaal.

(*) **Stuttgart, 10. Juni.** (Prozess Harnle.) Der Zeuge Kunstmaier Hahn ist bei der Sicherheitszentrale und Oberbefehlshaber der Sicherheitskompanien. Hahn bezugt: Die mir erteilte Vollmacht ist von sämtlichen Mitgliedern der Regierung außer den Ministern Crispian und Fischer unterzeichnet worden. Die Regierung war in der Nacht vom 8. auf 9. Januar in den von mir mit Maschinengewehren stark armierten und mit zahlreichen Mannschaften der Sicherheitskompanien ausgehobten Turm des neuen Bahnhofs gesteckt, weil die Belagerung bestand, daß die Regierung gestürzt werden sollte. Es traten Freiwillige an mich heran mit der Bitte, sich in besonderen Sicherheitskompanien organisieren zu lassen. Es wurden dann zwei solche aufgestellt, die eine unter Hauptmann von Holz in der Verghaserne und die Kompanie Wildermuth in der Kotebühlserne. Ich war an ihnen sehr froh, da die andern Truppen zu schwach und auch zum Teil unzuverlässig waren. Unfried setzte mich am 8. Januar in Kenntnis, daß für die morgige Demonstration Flugblätter im Tagblatt hergestellt werden sollten. Dagegen wandte ich nichts ein, verbot aber jede Befragung des Tagblatts. Als ich erfuhr, daß das Tagblatt besetzt sei, ordnete ich dessen gewalttätige Befreiung an unter Führung des Haupt-

RASCH und SPARSAM

baut man nach der **AMBI-Bauweise**. Rohstoffe überall erreichbar. Dach-Ziegel durch die **AMBI-Dachstein-Maschine** für Handbetrieb

Anfragen an:
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Goldene Medaille u. Silberner Staatspreis
1919 Reichsverband für sparsame Bauweise



manno Holz. Ich ließ durch meine Scharführer die alte Plünderung befehlen, weil dort Munition, Handgranaten, Panzerkraftwagen ausgepackt und die dortigen Truppen, wozu sich die Kraftwagenführer, spärlich gesamt waren. Am Tage der Demonstration (9. Januar) kam es zu Schießereien. In der Nacht darauf wurden die Angeklagten verhaftet, weil sie als Führer der ganzen Sache galten. Die Verhaftung erfolgte auf Grund von seitens der Regierung ausgestellten Haftbefehlen. Die Verhafteten wurden nach Ulm geschafft. Durch die Anstands- polüberwachung erhielt ich dann Briefe von Kummrow an seine Frau. Kück sagte mir damals: Wenn wir (d. h. Kück und seine Genossen) zur Nacht kommen, werdet Ihr (d. h. ich und die Regierung) vor ein Revolutionstribunal gestellt! Der mir vorgeführte Adolf Lauer bot sich mir als Spitzel an; er könne mir sehr gefährliche Sachen erzählen. Ich lehnte dies ab, ließ ihn jedoch durch Fahndler überwachen. Lauer ist ein Schwerverbrecher, außerdem halte ich ihn für einen Narren. Ich habe ihn nicht verhaften lassen, weil die Regierung hinter mir stand und ich die Nacht dazu hatte, trotzdem Unfriede der mir übergebenen Sicherheitskommission angehört. Ich habe mich über die Rechtsfrage hinweggesetzt im Kampf gegen die Spitzelisten, die der Landesauschuss mir als Aufsichtsorgane vor die Nase setzte. Mich ging die Fahndungsabteilung Stuttgart nichts an; sie war vielmehr ein Organ des Soldatenrats und unterstand dem Rechtsabteil Köhler. Aus den Stipungen der A- und B-Räte wußte ich, daß Spitzel tätig waren, ich selbst aber hatte mit dem Spitzelwesen nichts zu tun.

Vermischtes.

Der Scheidshandel. Vom Bodensee wird berichtet: Ein Fischer ruderte mit einem Scheidshändler nach dem Schweizer Ufer wo Gummel abgeholt werden sollte. Die Schweizer Grenz- wache erlöschte aber auf das Boot ein lebhaftes Feuer, wodurch der Scheidser fünf Verwundungen, darunter einen Bauchschuß er- hielt, der Fischer erhielt einen Schuß in den Ellenbogen. In diesem Zustand ruderten beide noch eine halbe Stunde zum badischen Ufer zurück. — In Oberndorf a. N. wurde eine Lebensmittelhandlung, die ein früherer Arbeiter der Waffenfabrik nach Frankfurt a. M. aufgeben wollte, beschlagnahmt.

Blutige Tat. In Friedriehsfeld bei Schwabingen er- schoss am Pfingstmontag der Kronenwirt Johann Raab seine Frau und sich selbst. Die Schwiegermutter wurde verwundet, dagegen blieben die beiden Kinder verschont. Die Frau hatte ihrem Mann, während dieser in der Kriegsgefangenschaft war, die Treue nicht gehalten und das Verhältnis auch nicht abge- brochen, als der Mann zurückgekehrt war. Als die Eheleute beerdigt wurden, nahm sich der Friedensförderer gleichfalls das Leben indem er sich erhängte.

Verkauf der Kaiserkrone. In händlungslosen Zeit- verhältnissen wird der Stolz der letzten Kaiserin, die ehe- malige Kaiserkrone „Meteor“ zum Preis von 500.000 Mark in deutschem Geld zum Verkauf angeboten. Sie ist als Stahlstück nach Versehen Entwurf für Plombs höchste Klasse erbaut wor- den. — Unter Berücksichtigung der deutschen Valuta sowie im Hinblick auf die auf dem sonstigen Nachmarkt eingetretene ab- norme Preissteigerung, bedeutet diese Preisfestsetzung ein glat- tes Geschenk an die Kriegsgewinnler des neutralen Auslands.

Portoermäßigung für Luftpost. Die Reichspostverwaltung hat das Porto im Luftpostbriefverkehr für Briefe bis 20 Gramm von 1 Mk. auf 50 Pf. herabgesetzt.

Brand. Im Bezirk der Dalmatierwerke in Warlen- feld bei Berlin gerieten mehrere Schuppen in Brand. Re- paraturmaterial, Gummivorräte usw. wurden vernichtet. Der Gesamtschaden soll sich auf 4 Millionen Mark belaufen.

Diebstahl. Am Pfingstmontag wurden in einem Hotel in Berlin Schmuckgegenstände im Wert von 400.000 Mark gestohlen.

Amerikanische. In Amerika wird lebhaft gewetteit, ob der Friedensvertrag zu Gunsten Deutschlands abgeändert wird oder nicht. Die Werten für Deutschland stehen 7 zu 3.

Blitzschlag. In Eberhardsmühle bei Weßheim wurde die Säener des Ehr. Weller durch Blitzschlag eingekübert. Erheblichen Schaden verursachte der Blitz an dem Anwesen des Bauern Wenzelburger in Großbottlingen O. N. Nürtingen, jedoch zündete er nicht. Auch in Feidenhausen blieb ein Blitzstrahl, der ein Bauernhaus traf, ohne Brandwirkung. **Geldstrafe über alles.** In Englisch-Betschuanaland (Südafrika) bestand bisher ein strenges Alkoholverbot für die Eingeborenen, insbesondere für die Arbeiter in den Goldberg- werken des Landesfürsten König Khama. Um sich eine neue Ein- nahmequelle zu erschließen, beschloßen die englischen Kolonial- behörden, das Verbot aufzuheben und den Verkauf von Alkohol an die Eingeborenen wieder zuzulassen. Dabei rechneten sie aber nicht mit dem Widerstand des Königs Khama, der vom Alkohol die schwerste gesundheitliche Schädigung seines schon durch die Grippe schwer betroffenen Volks befürchtete. Er hat erklärt, daß er im Fall der Aufhebung jenes Verbots seinen Untertanen jede Arbeit in den Goldminen verbieten werde. Die Androhung dieses königlichen Streiks, der eine völlige Lahmlegung des Goldberg- werksbetriebs bedeuten würde, muß bei den englischen Behörden wohl nicht ohne Wirkung bleiben.

Legte Nachrichten.

WTB. Versailles, 12. Juni. Der Temps zeigte sich gestern über ein mögliches internationales Vorgehen der Arbeiterklasse recht besorgt.

WTB. Versailles, 12. Juni. „Intransigent“ be- richtet, die Zensur gestatte endlich mitteilen, daß Lord Robert Cecil dem Ausschuss der Gesellschaft der Nationen vorgelegt habe, Deutschland zu einem im Voraus be- stimmten Zeitpunkt in die Gesellschaft der Nationen auf- zunehmen und zwar mit allen Folgen einer solchen Zulaf- sung, nämlich gleiche Abrüstung für alle, Schutz der deut- schen Minderheiten in allen Ländern und Herabsetzung der wirtschaftlichen Einschränkungen. Die französischen Mit- glieder des Ausschusses hätten die Annahme des Vorschlags abgelehnt.

WTB. Paris, 11. Juni. (Reuter.) Wie verlautet werden die Allierten das Ersuchen Deutschlands, das Man- dat über seine früheren Kolonien zu erhalten, ablehnen.

Berlin, 12. Juni. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Lugano erfährt, berichtet der „Secolo“ aus London, daß der Rückzug der verbündeten Truppen von der Rumänien bereits in vollem Gange sei. Die französi- schen und amerikanischen Truppen wurden bereits einge-

geschickt. Binnen kurzem würden auch die englischen Trup- pen die Heimreise antreten.

WTB. Bern, 11. Juni. Nach dem Giornale d' Italia hat sich die politische Lage derart zugespitzt, daß eine Ministerkrise nicht ausgeschlossen scheint. Orlando wird für Sonntag in der Hauptstadt erwartet. Im Secolo kommt starke Beunruhigung zum Ausdruck. Nach dem Abanti ist der Generalstreik nicht mehr fern.

WTB. Bern, 11. Juni. Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterieregiments in Toulons erfährt das Berner Tagblatt von zuverlässiger Seite, daß es sich um das Infanterieregiment Nr. 288 ge- handelt hat, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter dem Ruf: „Nieder mit Clemenceau! Nieder mit dem Krieg!“ und sich weigerte, weiter Kriegsdienste zu tun. Ein anderes Infanterieregiment, dem vom Armeekommando die Entwaffnung der Meuterer anbefohlen wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Revolte die reitenden Jäger von Montauban herbeigeführt werden mußten.

Berlin, 11. Juni. Wie wir hören, hat die Reichs- regierung jetzt die Zwangsbewirtschaftung des Hafers aufgehoben. Dagegen soll die Getreide vorläufig weiter be- wirtschaftet werden, wenigstens so lange, bis die Ernte überflüssig werden kann.

Berlin, 12. Juni. Heute wird sich laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ das gesamte Kabinett in Weimar befinden. Die Friedensdelegation in Versailles wird sich sofort, sobald die Antwort des Verbands übergeben ist, nach Weimar begeben, um mit der Reichsregierung die Entscheidung über die Stellungnahme Deutschlands zu treffen. Ingleich wird dann die Nationalversammlung zu- sammentreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies erst in der kommenden Woche geschieht.

Berlin, 12. Juni. Im Hamburger Hafen traf ge- stern Abend laut „Völkischer Zeitung“ der erste Baum- wolddampfer aus Amerika ein.

Berlin, 12. Juni. Die Räumung der baltischen Provinzen ist im Gange. Bis jetzt ist eine Division und ein Detachement abgezogen und in Deutschland angekommen.

WTB. Frankfurt (Main), 11. Juni. Auf Beschluß des Arbeiterrats wird aus Anlaß der Besetzung Aola Luxemburgs und der Erziehung Leines mit Ausnahme der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, sowie der Lebensmittelversorgungsbetriebe und Krankenanstalten von Donnerstag Abend 6 Uhr bis Freitag Abend 6 Uhr jeg- liche Arbeit eingestellt.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig S a u t.

Bekanntmachung.

Infolge des niedrigen Wasserstandes, sowie Mangels an Kohlen, sind wir gezwungen, unseren Betrieb wie im vorigen Jahre einzuschränken.

Zu diesem Zwecke werden ab 11. Juni die einzelnen Hochspannungsleitungen tagsüber von morgens 6 bis abends 6 Uhr abgeschaltet, sodas am

Dienstag und Freitag

die Gemeinden im O.-N. Nagold:

Altensteig-Dorf, Altnuifra, Beuren, Böfingen, Ebershardt, Egenhausen, Eitmannsweiler, Fünf- bronn, Gärweiler, Saugenwald, Haiterbach, Mindersbach, Monhardt, Oberschwandorf, Roh- dorf, Simmersfeld, Spielberg, Ueberberg, Wald- dorf, Wart, Wenden

in der genannten Zeit keinen Strom haben.

Station Leinach, den 7. Juni 1919.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk
Leinach Station (G. E. L.)

Die Sparkasse Altensteig

G. E. m. b. H.

gegründet im Dezember 1836

Telefon Nr. 58 Postfachkonto Stuttgart Nr. 3695

— Kassenlokal im Rathaus —

nimmt entgegen: Gelddeträge von 1 Mk. bis 20.000 Mk. von Jedermann, verzinst dieselben sofort mit 4% und verzichtet bei Rückzahlungen in der Regel auf Einhaltung einer Ründigungsfrist; leicht aus: jede gewünschte Summe gegen doppelte Hypothekensicherheit auf Gebäude und Güter bei mäßigem Zinsfuß und beliebiger Heim- zahlungsweise.

Die Kassenverwaltung.

Schwarzwald-Drogerie

+ Altensteig +

— Telefon 41. —

Chemikalien

und Artikel für

Gesundheitspflege.

Altensteig.

Schuh-Schoner

„Picard“

aus gewölbtem Stahl

Motto: „Picard — halt hart
Selb spart.“

Pakete zu 50 Pfennig

sind zu haben bei

E. W. Luz Nachflg.

Krtz Bühler jr.

Altensteig.

Zwei schöne fast noch neue

Zuschneidbretter

für Schuhmacher oder Sattler ge- eignet, hat, weil entbehrlich, zu ver- kaufen

Buchbinder Kohler.

Leichtere

Stelle sucht

25 jähriges R a d e n in Haus- halt und für Kinder bei ganz be- scheidenen Ansprüchen.

Wer? sagt die Exp. ds. Bl.

Möbl.

Zimmer

hat zu vermieten.

Zu erfragen in der Exp. ds. Bl.

Freie Schreinerinnung Nagold.

Am Samstag, den 14. Juni, 4 Uhr nachmittags

== Versammlung ==

im Gasthof zum Röhle.

Tagesordnung:

Bericht über das Ergebnis der Verhandlung beim Schlichtungsausschuss.

Die Gegenvorschläge

der Deutschen Regierung zu
den Friedensbedingungen.

Preis Mark 1.60.

Zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhdlg., Altensteig

Altensteig.
Einem tüchtigen
Pferdeknecht
für
sofort gesucht.
E. Armbruster
3. Schwanen.
Ein tüchtiges
Mädchen
nicht unter 18 Jahren für Küche
und Haushalt gesucht.
Frau Hehr, Altensteig.

Hochdorf.
Wir gutgesinnte Leute können von
heute ab ihre
Mutterschweine
bei meinem Eber
decken lassen.
Schaible
zur Linde.